

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonntag. Preis vierteljährlich bei allen Preuß. Postanstalten 4 $\frac{1}{2}$ Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7 $\frac{1}{2}$ Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Expeditoren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Taubenstraße Nr. 27, 4 $\frac{1}{2}$ Sgr. Inserate die Seite 2 Sgr.

Unser Blatt geht mit dieser Nummer in den Verlag des Herrn Buchhändlers **Mer. Jonas** in Berlin, Poststraße 8, über. In der Redaktion tritt keine Aenderung ein, und ersuchen wir die Freunde unseres Blattes, demselben ihre Zuneigung nach wie vor zu erhalten und sich die Verbreitung desselben angelegen sein zu lassen.

Es soll keine Opposition gemacht werden!

Friedrich Wilhelm IV. hat, noch bevor Preußen ein Verfassungsstaat war, einmal gesagt: „Ich liebe eine gesinnungsvolle Opposition“, und in England, dem Mutterlande der Verfassungsstaaten, nennt sich die Opposition selbst: „Euer Majestät allergetreueste Opposition.“ Was will man mit solchen Bezeichnungen sagen? Daß die Opposition keineswegs als eine Gegnerin des Staates und seiner Einrichtungen zu betrachten ist, sondern daß sie alles, was sie thut, nur zum Besten des Staates thut, daß sie sich Maßregeln widersetzt, nicht weil sie von bestimmten Personen ausgehen, sondern weil sie ihre Ausführung als schädlich für den Staat betrachtet, daß sie Einrichtungen tadelt, nicht weil sie augenblicklich die Bestrebungen einer andersdenkenden Partei stützen, sondern weil sie die Abschaffung derselben als wünschenswerth für den Staat ansieht.

Das ist das Wesen der Opposition, von solchen Motiven muß die Opposition geleitet sein. Daß die Opposition in Preußen sich ganz streng an diese Grundsätze hält, davon geben die letzten Jahre laut und vernehmlich Zeugniß. Man sehe sich nur die große Zahl der Gesetze an, welchen die Kammern seit vier Jahren ihre Genehmigung ertheilt haben, und man wird nicht mehr behaupten können, daß die liberale Partei im preussischen Abgeordnetenhaus den Personen Opposition gemacht hat, sondern man wird sich überzeugen, daß sie nur gekämpft hat gegen Maßregeln, die sie für schädlich, und für Einrichtungen, die sie für heilsam und nothwendig für den Staat hielt.

Warum aber sprechen wir heut von Dingen, die jeder Preuze, der sich nur ein wenig mit den politischen Kämpfen der letzten Jahre beschäftigt hat, kennt? Ganz einfach, weil man uns auf das allerbestimmteste erklärt

hat, daß unsere jetzige Regierung in der Presse keinerlei Opposition dulden werde, daß sie, falls wir diese zweite uns zugegangene Warnung nicht beachten werden, von ihrem Rechte zur Unterdrückung unseres Blattes Gebrauch machen werde. Wir haben darauf keine andere Antwort gehabt, als die, daß wir, die wir Recht und Gesetz auf unsere Fahne geschrieben haben, gewiß die letzten sein werden, welche auch nur mit einem Worte dagegen remonstriren werden, wenn die Regierung das thut, wozu sie nach dem Gesetze das Recht hat, und zum Beweise dafür, daß wir uns stets innerhalb der Schranken des Gesetzes gehalten haben, konnten wir darauf aufmerksam machen, daß die Staatsanwaltschaft noch niemals Veranlassung gefunden hat, gegen unser Blatt eine gerichtliche Untersuchung einzuleiten, obgleich zahlreiche Konfiskationen ihr Gelegenheit dazu geboten haben. Wir werden diese Schranken des Gesetzes auch ferner einhalten, wir denken damit unsere Pflichten als Staatsbürger im vollsten Maße zu erfüllen.

Um nun aber noch zu zeigen, wie wenig gerechtfertigt der von der Regierung geäußerte Willen, keinerlei Opposition zu dulden, erscheint, wollen wir hier nur noch mit kurzen Worten vorführen, wie wechselvoll gerade in den letzten Jahren der Begriff dessen gewesen ist, was die Regierung als Opposition gegen sich betrachtet hat.

Man wird sich erinnern, mit welcher Entschiedenheit die liberale Partei und die liberale Presse sich gegen den Bundestag ausgesprochen hat. Das war bis vor kurzem Opposition, heute würde man es als Opposition betrachten, wenn ein Blatt für den Bundestag in die Schranken treten wollte.

Laut und deutlich hat die Majorität des Abgeordnetenhauses und mit ihr die gesammte liberale Presse sich vor zwei Jahren gegen das Bündniß mit Oesterreich ausgesprochen, und ganz dringend verlangt, Preu-

hen solle sich an die Spitze Deutschlands stellen, um Schleswig-Holstein vom Dänischen Joch zu befreien. Das war damals Opposition, und heute würde es Opposition sein, zu verlangen, Preußen solle im Bunde mit Oesterreich seine Truppen in das Feld führen, und zu behaupten, Preußen könne und dürfe sich nicht an die Spitze Deutschlands stellen.

Seit Jahren hielt man es für Opposition, wenn Jemand behauptete, die Landwehr sei ebenso kriegsfähig wie die Linie und sie würde stets ebenso kämpfen, wie sie vor fünfzig Jahren in den Befreiungskriegen gekämpft habe. Man wollte das nicht gelten lassen, man meinte, die damalige Tüchtigkeit sei das Resultat einer ausnahmsweisen Begeisterung gewesen. Die Leichen auf dem Schlachtfelde bei Langenlialga erweisen, wie ungerechtfertigt alle Zweifel an der Tüchtigkeit der Landwehr waren, und wir glauben, man würde heut noch einen Zweifel als Opposition auffassen.

Seit dem Anfang des jetzt noch nicht gelösten Konfliktes galt es als die bestigte Opposition, wenn man aus sprach, daß die Erhöhung des Militärbudgets für die finanzielle Kraft unseres Staates zu groß sei, daß es nothwendig sei, da Preußen berufen ist, mit seiner Armee nicht nur das eigene Land, sondern ganz Deutschland zu schützen, daß das ganze Deutschland an den Lasten dieser Vertheidigung mittrage, sowohl an Menschen wie an Geld. Solches zu fordern war Opposition, und wie hat vor kurzem das offiziöseste aller offiziellen Blätter, die *Prov.-Korr.* den preussischen Bundesreformvorschlag motivirt? Sie sagt:

„Die Verbesserung der deutschen Bundesverfassung überhaupt und besonders der Bundes-Militär-Verfassung ist eine unabweisliche Forderung nicht bloß der äußeren, sondern auch der inneren preussischen Politik. Der langjährige innere Streit in Preußen ist vornehmlich durch die Frage in Betreff der Militärlasten des preussischen Volkes entstanden. Diese Verpflichtungen mußten selber auch deshalb gesteigert werden, weil Preußen eben nicht bloß sich selbst, sondern ganz Norddeutschland zu schützen hat. Es ist daher eine Frage von der höchsten Bedeutung für Preußens gesammte Politik, daß endlich durch eine Reform des deutschen Bundes die Möglichkeit gewonnen werde, eine Ausgleichung der Militärlasten Preußens gegenüber Deutschland und damit eine Ausgleichung des inneren Zwiespalts in Preußen zu finden.“

Und nun gar die deutsche Frage selber! Es war Opposition, die Bewirklichung des Programms des Nationalvereins zu verlangen, es war Opposition, von der Proklamirung der Reichsverfassung von 1849 zu sprechen, es war Opposition, an die Berufung eines deutschen Parlaments auf Grund des von der deutschen Nationalversammlung gegebenen Wahlgesetzes zu denken. Und heute?

So könnten wir noch manches Beispiel dafür anführen, daß der Begriff dessen, was dieselbe Regierung als Opposition betrachtet, in den letzten Jahren vielfach gewechselt hat, wir wollen hier nur noch ein Beispiel

erwähnen, um zu zeigen, wie sich dieser Wechsel auf allen Gebieten vollzogen hat. Es war noch vor ganz kurzer Zeit Opposition, die Aufhebung der Budersezerze zu verlangen, heute würde man es als Opposition bezeichnen, die Wiedereinführung derselben zu fordern.

Was ergibt sich nun aus all diesen für den denkenden Leser?

Erstens, daß es sehr schwer ist, zu wissen, ob nicht ein Blatt beim besten Willen, die Regierung zu unterstützen, in die Lage versezt wird, ihr Opposition zu machen, denn wenn der Redakteur heute einen Artikel schreibt, in dem seine Spur von Opposition zu finden ist, so kann derselbe morgen, wenn er gedruckt erscheint, zur Unterstützung der bestigsten Opposition dienen.

Zweitens aber sieht der Leser, daß die sogenannten oppositionellen Forderungen schon jetzt theilweise von der Regierung erfüllt sind, daß also die Regierung ihre Vertheidigung anerkannt hat.

Was aber sollen wir thun, wenn wir nicht wissen, ob das, was heut oppositionell ist, nicht morgen regierungsfreundlich ist und umgekehrt, und wenn wir leben, daß so viele unserer Forderungen, wegen deren man uns oppositionell genannt hat, jetzt von der Regierung und ihren Freunden als berechtigt und nothwendig anerkannt worden sind?

Wir denken, die Antwort ist sehr einfach. Wir sollen fortfahren, innerhalb der gesetzlichen Schranken dem nachzustreben, was wir als heilsam und nothwendig für unser Vaterland erachten, hoffend, daß der Zeitpunkt kommen wird, wo man auch dieses Streben nicht mehr als Opposition bezeichnen wird.

Politische Wochenchau.

Preußen. Seit der letzten Wochenschau ist die preussische Armee in Böhmen unauflöslieh vorgerückt. Sie hat die österreichische Armee aus einer Stellung nach der andern geträngt, und es hat fast an jedem Tage ein klüftiges Gefecht stattgefunden, welche sämmtlich in ihrem Ausgange den preussischen Truppen günstig waren. Die neueste Nachricht, welche uns vorliegt, meldet nun einen großen entscheidenden Sieg vor Josephstadt und Königgrätz. In der Schlacht, welche am 3. Juli stattfand, war die ganze österreichische Nordarmee mit der preussischen engagirt, und wurde die letztere, wie gemeinet wird, vollständig auf das Haupt geschlagen. Die Preußen haben viele Kanonen und Fahnen als Zeichen ihres Sieges erbeutet.

In all diesen Gefechten, sowie in der Haupt Schlacht, wurde eine sehr große Zahl der österreichischen Armee zu Gefangenen gemacht; rechnet man dazu die Besakenen und die Verwundeten, so kann man wohl annehmen, daß mehr als der vierte Theil der österreichischen Nordarmee vernichtet ist. Der Rest soll sich nach den vorliegenden Nachrichten in voller Auflösung befinden, so daß voraussichtlich die beiden Festungen Josephstadt und Königgrätz keinen großen Widerstand leisten werden.

Ob sich die preussische Armee nun nach Prag wenden wird, oder ob man versuchen wird, in der Richtung auf Wien weiter vorzudringen, darüber verlautet noch nichts.

In diesen Gefechten sind aber auch sehr viele von unseren braven Truppen gefallen, und eine noch viel größere Zahl ist verwundet. Zu ihrer Verpflegung wird alles gethan,

was nur möglich ist, aber für die ungeheure Zahl der Verwundeten, welche Obdach, ärztliche Hilfe und Pflege heißen, müssen auch ganz ungewöhliche Anstrengungen gemacht werden, und es ist daher in dieser Beziehung jede Gabe an die betroffenen Komites erwünscht. Es sind die Söhne und Brüder des Volkes, welche verwundet und elend darniederliegen, es ist Sache des Volkes, ihnen ihre Qualen zu lindern.

Wir fügen zu unseren Worten eine Mahnung, welche der große Friedrich Horfort in dieser Beziehung an das gesammte preussische Volk richtet. „Für unsere im Felde stehenden Krieger“ so schreibt er, „werden in den Gemeinden Privatversammlungen veranstaltet. Die Sache ist an und für sich ungewöhnlich werth, zu erörtern wäre nur die Verwendung der Gaben.“

Die direkte Abwendung an die Truppentheile hat sich im jüngsten dänischen Kriege nicht sehr bewährt, mancherlei Verwirrung fand statt. Der Soldat, welcher in Reich und Glük sieht, mag zuweilen Mangel haben, allein er schlägt sich durch, auch ist die Zahl zu groß, als daß die Privatunterstützung auf seine Ernährung von wesentlichem Einfluß sein könnte. Anders verhält es sich mit den Kranken, den Verwundeten, Krüppeln und Invaliden und den Hinterbliebenen. Was geschah in dieser Hinsicht 1813, 1814, 1815 in der Grafschaft Mark?

Die Kompanien des 1. Landwehr-Regiments wurden vom 20. bis 25. Dezember 1813 gebildet und am 12. Januar 1814 hatten die Frauenvereine bereits 15,000 Thaler aufgebracht. 1814 wurde das kirchliche Dankfest gefeiert und die Sammlung für die Verwundeten und Hinterbliebenen belief sich auf 18,464 Thaler. 1815 folgten aus der Heimath Boten dem Heere nach Frankreich mit Aufträgen und Geldern der einzelnen Familien an ihre Söhne. Die Frauenvereine, in Erfüllung ihres edlen Berufs, mit zarter Hand die Wunden zu heilen, welche die rauhe Männerfaust geschlagen, sandten Kommissare aus zur Untersuchung und Unterstützung der Lazarethe. So fand Trüne als rettender Engel im Kloster Cambre bei Brüssel, einsam in waldiger Gegend viele schwer Verwundete hilflos in der Kirche auf faulem Strohe oder nassen Steinen.

Die Armeen, mögen sie vorwärts stürmen oder rückwärts rücken, sind nie im Stande, nach großen Schlachten die Lazarethe sorgfältig zu überwachen, deßhalb ist der Typus der Bärgeugel.

Die Zukunft der Invaliden und Hinterbliebenen ist eben so wenig gesichert.

Nach dem ersten dänischen Kriege erhielt ich aus der Mark den Auftrag, die Verwundeten in Berlin zu besuchen und zu unterstützen. Jeder Kranke erhielt einen Leutnant oder jeder abgehende Invalide ein Kapital von 100 bis 250 Thlrn., um sein Fortkommen in der Heimath zu begründen.

Berg und Mark sammelten über 20,000 Thlr. für die Denkfäule vor dem Hotel der Invaliden, welche Berlin überragt.

Geld für Verpflegung verschwindet in der Menge, das für Lazarethe, mit Unlust verwendet (nach der Art der Sophianiter), erhält viele am Leben, und jenes für Hinterbliebene und Invaliden ist der Dank des Vaterlandes!

Es gilt nicht, die Verpflichtungen des Staates zu übernehmen, sondern darüber hinaus zu gehen! Jeder Kreis oder Regierung-Bezirk sollte selbstständig auftreten und handeln.*

Die hannoversche Armee hat am 27. v. M. den Versuch gemacht, sich bei Langenfelza durchzuschlagen.

Das Gefecht war ein sehr blutiges; auf preussischer Seite hat sich besonders das Berliner Landwehr-Regiment ausgezeichnet, welches den alten Ruf der Landwehr glänzend bewährt hat. Es gelang den Hannoveranern nicht, durchzubrechen, und am 28. haben sie kapitulirt. Die Truppen sind in ihre Heimath entlassen worden, nachdem sie ihre Waffen abgegeben haben, die Offiziere haben sich verpflichten müssen, ein Jahr lang nicht gegen Preußen zu dienen. Ganz besonders werthvoll ist die Aushilfeleistung von etwa 10,000 Pirken an Preußen. Der König von Hannover hat seinen Sitz auf einem Schlosse seines Schwiegervaters in Altemburg genommen.

Die preussischen Truppen haben Nassau besetzt, und wahrscheinlich wird in den nächsten Tagen auch die Besetzung von Hesse-Darmstadt und Frankfurt a. M. erfolgen. Die Truppen der süddeutschen Staaten haben einen Zuwachs durch das bairische Armeekorps erhalten, da der Großherzog von Baden zugewonnen worden ist, sich der Koalition gegen Preußen anzuschließen.

Das Fürstenthum Hohenzollern ist von bairischen und württembergischen Truppen besetzt worden. Von den Beamten ist verlangt worden, sie sollen dem König von Württemberg den Eid der Treue schwören, was sie jedoch sämmtlich verweigert haben.

Das offiziöse Blatt unserer Regierung, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, tritt sehr entschieden der Ansicht entgegen, als ob die Regierung daran denke, die jetzt besetzten Länder zu annektiren, sie wolle sich, so sagt jenes Blatt, auf die Durchführung des Bundesreformprojektes beschränken.

Sehr wichtig muß ein Artikel in dem amtlichen Theil des „Staats-Anz.“ erscheinen, nach welchem die preussische Regierung beabsichtigt, diejenigen unter den gefangenen Oesterreichern, welche Italiener sind, nach dem Königreich Italien zu schicken, und sollen schon italienische Offiziere, welche die Ueberführung leiten sollen, erwartet werden.

Während unsere Truppen auf dem Schlachtfelde ihr Leben für die äußere Wachtstellung unseres Vaterlandes in die Schanze schlagen, hatten die vom Volke am 25. v. M. gewählten Vertrauensmänner am 3. d. M. die Pflicht zu erfüllen, die Männer zu wählen, welche in dem demnächst zusammentretenden Abgeordnetenhaufe den Wünschen und den Ansichten des Volkes Ausdruck geben sollen. Das Resultat der Wahlen liegt uns noch nicht ganz vor, aber schon sehen wir, daß so mancher Name, dessen Träger wir Jahre lang als einen der Vertheidiger der Volkserrechte gekannt haben, fehlen wird; es hat die Zahl der Anhänger der Regierung ganz bedeutend zugenommen, ohne daß sie jedoch die Aussicht hat, selbst in dieser neuen Kammer für ihre Auffassung von der Beilegung des inneren Konfliktes durch einfache Kardinalhaltung der Forderungen der Regierung die Majorität zu erhalten. Möge das Wirken des neuen Abgeordnetenhaufes ein segensreiches für unser Vaterland sein!

Die deutsche Frage und ihre Lösung.

In diesem Augenblicke steht fast das ganze deutsche Volk in Waffen, und Seebornmann hofft, daß das Resultat des blutigen Krieges, dessen erste und zahlreiche Opfer schon gefallen sind, die Herstellung einer deutschen Einheit sein werde, wie sie allein dem Volk einen Ersatz bieten kann für die Tragödie eines Krieges.

Preußen, welches die gesammte liberale Partei in Deutschland seit Jahren als den Staat betrachtet hat, der berufen sei, die Führung Deutschlands zu übernehmen, Preußen hat die Waffen ergriffen, um, wie seine Regierung es verkündet hat, den ihm unbedingten notwendigen Einfluß in Deutschland zu gewinnen. Auf diesen Einfluß sich zu

sichern, mußte es sich natürlich in erster Linie gegen Oesterreich wenden, dessen Herrscher sich noch immer nicht von dem Gedanken frei machen können, daß ihnen, als den Nachfolgern der ehemaligen deutschen Kaiser, auch heut noch die erste und die leitende Stellung in Deutschland gebührt, gleichviel ob die Interessen Deutschlands solches fordern oder nicht.

Neben diesem gegen Oesterreich zu bestehenden Kampfe läuft in zweiter Linie der Kampf gegen die einzelnen deutschen Fürsten, welche sich der Weltentmachtung des preussischen Einflusses widersetzen, nebsther, aber man wird diesem Kampfe für den Augenblick nur eine untergeordnete Bedeutung beilegen können gegenüber den gewaltigen Anstrengungen, welche Oesterreich macht, um seinen alten Einfluß in Deutschland, auf dem ein großer Theil seiner Macht, ja theilweise sogar die Möglichkeit seiner Existenz beruht, aufrecht zu erhalten.

Deshalb fordert der Kampf gegen Oesterreich auch von dem preussischen Volke die größten Opfer. Zwar haben wir auch in dem Kampfe gegen Hannover ein Gefecht zu bestehen gehabt, welches viele unserer Brüder im Heere dahin gerafft hat, aber diese Zahl, so groß sie auch im ersten Augenblicke erscheint, verschwindet gegenüber den Verlusten, welche wir bei dem siegreichen Vorrücken unserer Arme in Böhmen gehabt haben müssen. Es fehlen zwar noch alle genauen Angaben über die Zahlen der Todten und Verwundeten in den einzelnen Gefechten, aber unsere braven Truppen haben dort den Feind schrittweise aus seinen geschätzten Stellungen vertrieben, und nach den vorliegenden Angaben über den Verlust der Oesterreicher darf man wohl annehmen, daß unsere Verluste eine sehr große Höhe erreichen.

Und wozu bestehen diese Verluste? Es ist das Blut der Söhne und Brüder des gesammten Volkes, welches auf den Schlachtfeldern in Böhmen geflossen ist, es ist der Stolz des Landes, welcher in langen Jahren den Boden des fremden Landes bedeckt! Zwar haben sie ihr Leben nicht nutzlos geopfert, sie haben damit den Sieg der preussischen Waffen erringen helfen, aber wenn auch jedes preussische Herz höher schlägt bei der Kunde jener Siege, so fordert der hohe und kostbare Preis, der für jene Erolge gezahlt ist, doch zu der Frage auf: Welches ist das Ziel jener Siege?

Und wozu wir und diese Frage stellen, so gleitet ein wehmüthiger Schatten über unsere Seele, welche sich des Sieges freuen will. Wir meinen, für solche Opfer kann uns nur ein Preis entschädigen, der aller Wahrscheinlichkeit nach auf friedlichem Wege nicht zu erweiden gewesen wäre, und der einen Zustand schafft, welcher uns gegen die Nothwendigkeit sicher stellt, in zehn oder zwanzig Jahren von Neuem das Schwert ziehen zu müssen, und unsern Einfluß in Deutschland herzustellen und zu sichern.

Ist nun aber das jetzt vorliegende Project der Bundesreform ein solcher Preis und bietet es die notwendigen Garantien? Diese Frage müssen wir leider verneinen. Das vorliegende Project bietet uns eigentlich nur das allgeringste Band der deutschen Einheit, so daß wir glauben, wenn die deutschen Fürsten auch jetzt im Augenblick, verlockt durch Oesterreichs Versprechen auf eine Unterstützung, sich geneigt haben, dieses Reformproject anzunehmen, sie sich doch, sobald sie nur erst genau mit dem Inhalt bekannt geworden wären, und sobald sie die Ueberzeugung von Oesterreichs Unfähigkeit, sie zu unterstützen, gewonnen, entschlossen hätten, die verlangten geringen Konzessionen zu machen. Aber sie haben es nicht gethan, und Preußen hat zur Wendung des bestehenden, unzweifelhaft schlechten Zustandes das Schwert ergriffen.

Gewähret nun das Bundesreformproject, wie dessen Durchführung mit dem Schwerte gesichert wird, die Gewißheit, daß eine Wiederkehr des jetzigen Zustandes in Deutschland für die Dauer unmöglich wird? Wir glauben nicht. Wir glauben, daß in nicht allzulanger Zeit die deutschen Mittel- und Kleinstürken, unterstützt von Oabesburgs Intriguen, sich dem Druck des preussischen Einflusses wieder soweit entziehen würden, daß Preußen genöthigt wäre, von Neuem das Schwert zu ziehen, um den ihm nothwendigen Einfluß in Deutschland herzustellen. Also magte ein anderes Ziel aufgestellt werden als jenes Bundesreform-Project. Das man aber für den Augenblick noch kein Recht hat, auf eine solche Aenderung des Kriegszieles zu hoffen, das geht daraus hervor, daß man noch immer dem Kurfürsten von Kassel und dem König von Hannover anbietet, sie von Neuem in ihr Land einzusetzen, wenn sie sich zur Annahme des vorgelegten Reformprojectes bequemen wollen.

Dieser Umstand ist es aber, welcher allgemein zu der Befürchtung Anlaß giebt, der Preis des Kampfes werde nicht dem gebrachten Opfer angemessen sein, und welcher auch die Siegesfreude drückt. Es verlangt das preussische Volk ganz mit Recht, daß ihm die Gewißheit werde, am Ende des Krieges stehe nicht der alte deutsche Bund in der einen oder der anderen Form, sondern es will sicher sein, daß die deutsche Einheit dadurch vollkommen sicher gestellt werde, daß den einzelnen Fürsten ihre Souveränität zu Gunsten der Centralgewalt so eingeschränkt werde, daß sie den Rest derselben niemals so geltend machen können, daß dadurch eine Uneinigkeit in Deutschland selbst hervorgerufen werde. So verlangt das preussische und mit ihm auch das ganze deutsche Volk die Einheit Deutschlands, und so verlangt es die Gestaltang derselben. Möge ihm recht bald die Gewißheit werden, daß es auf solche befriedigende Zustände nach der Beendigung des Krieges rechnen kann.

Täglich zweimal. — Vierteljährlich 1 1/2 Thlr.

Zum Abonnement auf die täglich zweimal erscheinende
jezt bedeutend vergrößerte

„Oder-Zeitung“,

Organ der Fortschrittspartei,

(begründet von Wilhelm Dunker)

labet die Expedition ergeben ein. Die Zeitung hat sich durch ihre Willigkeit bei großer Gediegenheit einen bedeutenden Leserkreis erworben; sie ist über ganz Pommern, die Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen verbreitet. Sie bringt täglich einen Leitartikel; das politische Material wird sorgfältig gesichtet und alles Wichtige durch telegraphische Depeschen zur Kenntniß der Leser gebracht. Ueber die politischen Vorgänge in Berlin bringt das Blatt Berichte eigener Korrespondenten. Die Kammerverhandlungen werden erschöpfend und theilweise früher als von dem Berliner Blättern mitgeteilt. Den Nachrichten aus Stabs und Provinz wird die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Ein beliebiger Feuilletonist schildert in wöchentlichen Briefen das Berliner Leben; außerdem Novellen, Erzählungen u. s. w. An Kursen, Marktberichten aus Berlin, Stettin, Breslau, Danzig, Posen u. s. w. liefert die Zeitung alles, was für ein größeres Publikum von Interesse ist. Inserate werden die dreispaltige Petitzeile zu 1 Sgr. berechnet und finden die größte Verbreitung.
Stettin, im Juni 1866.

Die Expedition der Oder-Zeitung.